



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär der FDP



Sehr geehrte Frau Plettau,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

Skandale in der Sozialwirtschaft schaden dem Vertrauen Sozialer Arbeit. Deshalb fordern wir gesetzlich verpflichtende Transparenzdatenbanken über Gehälter und Mittelverwendungen für Träger. Wie werden Sie sich für verpflichtende Transparenzregelungen in den Feldern der Sozialen Arbeit einsetzen?

Wir Freie Demokraten stehen für eine Politik, die Transparenz eine hohe Bedeutung zumisst. Das gilt für alle Politikbereiche und auch für die Soziale Arbeit. Dort, wo eine sachgerechte Steigerung der Transparenz möglich ist, können solche Regelungen sinnvoll sein.

Wie können Sie beeinflussen, dass Ausschreibungen für soziale Dienstleistungen Vorgaben zur Qualifikation der einzusetzenden Fachkräfte enthalten müssen und den Einsatz von „Subunternehmen“, d. h. prekär beschäftigten Honorarkräften, ausschließen?

Grundsätzlich lässt das europäische und nationale Vergaberecht die Beauftragung von Nachunternehmern durch den Auftragnehmer zu. Dies ist begrüßenswert, da so eine Mitwirkungsmöglichkeit für kleinere Betriebe auch in großen öffentlichen Aufträgen eröffnet wird. Allerdings gilt für Auftragnehmer aller Stufen § 128 GWB uneingeschränkt. Kommt also der Hauptauftragnehmer Kontrollpflichten, die beispielsweise im Mindestlohngesetz normiert sind, im Verhältnis zu seinen Nachunternehmern nicht nach, kann dies in jeder Phase des Vergabeverfahrens sogar einen Ausschlussgrund i.S.v. § 124 Absatz 1 Nr. 1 GWB bedeuten. Die konsequente Nutzung derartiger bereits bestehender Möglichkeiten durch die öffentlichen

Auftraggeber sollte Vorrang vor weiteren Verschärfungen des Vergaberechts insgesamt haben. Wir Freie Demokraten fordern schlankere Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen. Für jede neue Belastung durch geplante Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („One in, two out“) – auch auf europäischer Ebene.

Welche Schritte werden Sie unternehmen, damit eine Integration von Tarifbindung an den TVöD in die Ausschreibungspraxen für soziale Dienstleistungen vorgenommen wird?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Tarifautonomie und zu einer starken Sozialpartnerschaft. Unser Arbeitsmarktmodell ist erfolgreich, da es auf Tarifautonomie und flexiblen Tarifpartnerschaften von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften basiert. In Zeiten rückläufiger Tarifbindung muss die Politik den Tarifparteien künftig noch mehr Gestaltungsspielräume bei gesetzlichen Regelungen eröffnen. Zusätzliche Anreize zum Verbleib im Flächentarifvertrag sind nötig. Auf betrieblicher und sozialpartnerschaftlicher Ebene kann schnell, kompetent und flexibel reagiert werden. Eine starke Sozialpartnerschaft ist dabei unverzichtbar, um die Zukunft von Wirtschaft und Arbeitswelt erfolgreich zu gestalten. Dafür braucht es keine staatlichen Eingriffe in die Tarifautonomie, sondern eine neue Vertrauensbasis zwischen Sozialpartnern und Politik, die die Autonomie und die unterschiedlichen Interessen der Sozialpartner respektiert. Der Gesetzgeber sollte nur aktiv werden, wenn Lücken entstehen. Hinzu kommt, dass die Handlungsmöglichkeiten des Gesetzgebers mit Blick auf die so genannte „Rüffert-Rechtsprechung“ des EuGH hinsichtlich einer Integration umfassender Tarifbindung in das Recht der öffentlichen Auftragsvergabe begrenzt sind. Im Sinne der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarkts und der Gewährleistung der Dienstleistungsfreiheit darf die Beteiligung von Unternehmen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht unverhältnismäßig beschränkt werden.

Zeitlich befristete Angebote durch Projektfinanzierungen haben wegen fehlender Konstanz negative Folgen für Adressat*innen und bieten unsichere Beschäftigungsperspektiven für Sozialarbeitende. Bewerten Sie die Rückkehr zu verlässlicher Regelfinanzierung für Angebote Sozialer Dienste als notwendig?

Die Finanzierung für Angebote sozialer Dienste hängt in der Regel vom Einzelfall ab. Deshalb sollte auch zukünftig nicht pauschal auf zeitlich befristete Angebote durch Projektfinanzierungen verzichtet werden.

Was werden Sie unternehmen, damit Zuwendungsgeber*innen zukünftig soziale Projekte mittel- bzw. langfristig fördern müssen? Wie setzen Sie sich

für ehrliche politische Diskurse über Erfolgserwartungen und realistische Zielsetzungen ein?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 4 und 6 verwiesen.

In nahezu allen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit bestimmen Personalschlüssel die Arbeitsbedingungen sowohl hinsichtlich Qualität als auch Arbeitszufriedenheit. Wie möchten Sie Personalbemessungsmodelle einführen und dafür sorgen, dass bundeseinheitliche Qualitätsstandards herrschen?

Wir Freie Demokraten setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und Versorgungsqualität ein. Aber anstatt fixer Quoten und Reglementierung wollen wir mit mehr Karrierechancen und mit Entbürokratisierung dafür sorgen, dass der Beruf attraktiv bleibt.

Die Lebenssituation in Sammelunterkünften und Lagern ist prekär und verschlimmert diverse Problemlagen geflüchteter Menschen. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit räumliche Kapazitäten sichergestellt werden, die die Einhaltung der Grundrechte und einen Infektionsschutz bieten?

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat vorgeschlagen, das gesamte Anerkennungsverfahren in zentralen Unterbringungseinrichtungen durchzuführen, inklusive der medizinischen Versorgung (vgl. BT-Drs.-19/9924). Um Infektionen und Erkrankungen mit dem Corona-Virus vorzubeugen ist es wichtig, räumliche Möglichkeiten auszuschöpfen und Impfangebote aufzuzeigen. Ganz besonders bei jenen Flüchtlingen, die aufgrund ihrer wohnlichen Situation besonders gefährdet sind, sollte auch durch niedrigschwellige Impfangebote gezielt um Impfbereitschaft geworben werden.

Wie werden sie sich dafür einsetzen, dass der Personalschlüssel von 1:50 in der Arbeit mit geflüchteten Erwachsenen, 1:20 in der Unterstützung besonders schutzbedürftiger Personen und von 1:10 in der Begleitung von Kindern, erhöht wird, damit fachliche Soziale Arbeit möglich wird?

Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass in Einrichtungen der sozialen Arbeit möglichst optimale Personalschlüssel erreicht werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261
programm@fdp.de
www.fdp.de

Datenschutzhinweis: Die Freie Demokratische Partei (FDP) e.V.
(Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Tel: +49-30-2849580, info@fdp.de)
verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zur Beantwortung Ihrer Fragen
und, um mit Ihrem Verband bzw. Ihrer Organisation im inhaltlichen Austausch
zu bleiben. Mehr Informationen zum Datenschutz, insbesondere zu Ihren
Betroffenenrechten, finden Sie unter: <http://fdp.de/dsgvo-informationen>.